

Rede des Senators Ties Rabe anlässlich des Senatsempfangs „100 Jahre Grundschule“ am 28. November 2019

**Als Gastgeber begrüßt man die wichtigsten Gäste immer zuerst.
Und das will ich jetzt auch tun:**

**Sehr geehrte Leiterinnen und Leiter der Hamburger Grundschulen,
sehr geehrte Frau Danke,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
aus der Schulbehörde, dem LI und dem IFBQ,
liebe Gäste,**

am 31. Juli 1919 wurde die Weimarer Reichsverfassung beschlossen.
In einer schwierigen Zeit. Der Große Krieg war vorbei und für Deutschland
verloren. Damals wusste man noch nicht, dass man diesen Krieg später den
„Ersten Weltkrieg“ nennen würde, weil bereits 20 Jahre später der Zweite
folgen würde.

Es gab Millionen Kriegstote an der Front, Hungersnot in Deutschland,
Kriegskrüppel in den Straßen, und eine zutiefst gespaltene Gesellschaft:
Das war die Ausgangslage nach der deutschen Kapitulation.

Straßenschlachten, Gewalt und Aufstände prägten diese Zeit. Die Männer in
den Schützengräben hatten so unvorstellbare Gräuere in diesem Krieg erlebt,
dass eine ganze Generation der festen Überzeugung war, Gewalt sei ein
normales Mittel der Auseinandersetzung - in der Politik, in der Gesellschaft,
in der Familie, in der Ehe, in der Erziehung.

Nicht umsonst bezeichnen führende Historiker diesen Ersten Weltkrieg im
Nachhinein als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Deshalb, weil in
diesem Krieg der Keim gelegt wurde für den Aufstieg Hitlers, für Diktatur,
Weltkrieg, Völkermord und Holocaust.

So wirkt es aus heutiger Perspektive. Aber die Weimarer Republik entfaltete nicht nur dunkle, sondern zugleich viele helle und zukunftsweisende Ideen. Neben den finsternen Kräften machten sich auch Reformbewegungen mit Mut und Optimismus daran, eine freundlichere und menschlichere Gesellschaft zu schaffen.

Eine Idee war die Gründung der Grundschule – die mit der Weimarer Reichsverfassung im Juli 1919 aus der Taufe gehoben wurde. Und wie immer war Hamburg etwas schneller: Der sozialdemokratisch-linksliberale Senat und die Bürgerschaft beschlossen schon am 16. Mai 1919 ein entsprechendes Schulgesetz. Die Grundschule war gegründet.

Beinahe. Denn eine echte eigenständige Grundschule wurde damals keineswegs gegründet. Vielmehr wurde nur eine gemeinsame vierjährige Grundschulzeit innerhalb der achtjährigen Volksschule festgelegt.

Feiern wir also heute gar keinen Geburtstag?

Die Antwort ist eine typische Antwort aus der bundesdeutschen Bildungspolitik. Sie lautet: Ja, wir feiern einen Fortschritt. Wir feiern sogar Geburtstag. Aber nicht einen einzigen großen 100. Geburtstag, sondern ganz viele. Und wie bei Kindern, die langsam groß werden, gingen diesen 100. Geburtstagen des Jahres 1919 bereits einige Geburtstage voraus, und es sollten viele weitere folgen. Bis heute.

Denn „die Grundschule“ ist nicht plötzlich fertig vom Himmel gefallen. Und sie ist bis heute auch noch nicht fertig. Sie wandelte und wandelt sich mit dem Wandel der Gesellschaft. Und dieser Wandel stellt uns bis heute vor immer neue Aufgaben. Lassen Sie mich in Erinnerung an die vielen Geburtstage des Jahres 1919 die wichtigsten nennen.

Der erste große Geburtstag war tatsächlich beinahe eine echte Geburt. Nämlich die Geburt einer gemeinsamen Schulzeit. Gemeinsam – das hieß

damals, dass tatsächlich erstmals alle Kinder eines Jahrganges gemeinsam in eine Klasse gehen sollten.

Das war, zumindest auf dem Papier, eine gesellschaftliche Revolution. Bis dahin bekamen Kinder aus wohlhabenden Familien noch Hausunterricht, ärmere Kinder gingen in überfüllte Volksschulen. Auch die Trennung nach Geschlechtern sowie nach evangelischen und katholischen Schülern war üblich.

Die Grundschulzeit für alle sollte in der jungen Weimarer Republik Standesunterschiede überbrücken und gesellschaftliche Schichten zusammenführen. Das gab schon damals erheblichen Aufruhr.

Und doch lernten ab 1919 keineswegs auf einmal alle Kinder in einer Klasse. So sagt der Bildungsforscher Heinz-Elmar Tenorth, emeritierter Professor der Humboldt-Universität Berlin:

„Die Realität sah meist anders aus. Eine 'Schule für alle' war das damals nicht wirklich. Körperlich oder geistig behinderte sowie "sittlich gefährdete" Kinder waren von den neuen Gesetzen ausgenommen. Privatschulen blieben bestehen und waren weitaus verbreiteter als heute. Auch die alten Milieuprivilegien sowie Religionsvorbehalte überdauerten die Zeit“, so Tenorth.

Aber dennoch war der Keim gelegt. Und der entfaltet bis heute große Kraft. Denn viele tausend Lehrkräfte nahmen die Idee des gemeinsamen Lernens zunächst zögernd, aber dann mit wachsender Selbstverständlichkeit und persönlicher Begeisterung auf. Rund 200 von ihnen sitzen vor mir.

Diese viele tausend Lehrkräfte zeigten ganzen Generationen von Eltern und Kindes: Die Idee des gemeinsamen Lernens ist nicht nur eine politische Vision weniger Phantasten, sondern sie kann mit Leben gefüllt werden, sie schafft tatsächlich eine neue Gemeinsamkeit, überwindet Grenzen von Ständen, Milieus und gesellschaftlichen Schichten. Und sie bringt glückliche und kluge Kinder hervor.

Wie sehr diese Idee das bundesdeutsche Bildungssystem und das Hamburger Bildungssystem prägt, wird zu oft vergessen. Vergessen, weil ein verbitterter Streit um „die noch immer nicht erreichte Schule für alle“ uns den Blick verstellt für viele Errungenschaften, die in Deutschland und Hamburg auf dem Weg zu einem gemeinsamen Lernen bereits erreicht wurden. Und auch diese Ideen sind untrennbar mit der Grundschule verbunden.

Zum Beispiel die Idee, Kinder nicht mehr – wie 1919 - vom Unterricht auszuschließen und auf Sonder- und Förderschulen zu verweisen, sondern teilhaben zu lassen am gemeinsamen Lernen. Das dauerte lange. Und auch hier war Hamburg ganz vorn: Am 1.8. 1983 setzte eine Elterninitiative durch, dass an den Schulen Bovestraße (Wandsbek), Max-Eichholz-Ring (Lohbrügge) und Fiddigshagen (Nettelburg) die ersten drei Integrationsklassen in Hamburg eingerichtet wurden.

Acht Jahre später im Jahr 1991 wurden – diesmal auf Betreiben der Schulpolitik – die so genannten Integrativen Regelklassen an weiteren Grundschulen eingeführt. Seit den 1990er Jahren hatte damit ein gutes Viertel der staatlichen Grundschulen in Hamburg die Türen geöffnet für Kinder, die jahrzehntelang auf Sonderschulen geschickt wurden.

Dieser Dynamik folgte leider der große Stillstand. Erst 20 Jahre später kam mit der UN-Behindertenrechtskonvention wieder Bewegung in die Sache. Die 2010 beschlossene Inklusion war ein weiterer großer Schritt. Und ein anstrengender.

Ich weiß, dass wir uns dabei alle viel zugemutet haben. Auch ich hatte damals noch mehr Haare auf dem Kopf als heute. Aber genauso anstrengend war es damals für unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in den 1980er Jahren mit den Integrationsklassen und vermutlich auch 1919 mit der damals ganz neuen Vielfalt der Schülerinnen und Schüler.

Deshalb bin ich sicher, dass wir gemeinsam auf einem guten Wege sind. Viele Schulbesuche in Ihren schönen Schulen zeigen mir, mit welcher Leidenschaft und Überzeugung sie alle an der Idee des gemeinsamen Lernens arbeiten.

Deshalb bin ich auch sicher, dass hier in 10 oder 15 Jahren ein Bildungssenator oder eine Bildungssenatorin vor Ihnen und Ihren Nachfolgerinnen und Nachfolgern steht und an diese turbulente Zeit der Einführung der Inklusion mit Gelassenheit, Zuversicht, Anerkennung und großem Stolz erinnern wird.

Die Idee des gemeinsamen Lernens des Jahres 1919 prägt aber nicht nur die Idee der Inklusion. Sie prägte auch eine neue Schulform, die wesentlich erfolgreicher ist, als die Öffentlichkeit und manchmal als die Lehrkräfte dieser Schulform selbst glauben: die integrierte Gesamtschule.

Vor kurzem wurde der nationale Bildungsbericht für die Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. Und versteckt auf den hinteren Seiten konnte man eine kleine Revolution in den Tabellen entdecken: Dort waren viele verschieden-farbige Linien eingezeichnet, die im Laufe der Jahre auf- und abstiegen.

Sie markierten die Schülerzahlen in den zahllosen bundesdeutschen weiterführenden Schulformen: in den Gymnasien, Sonderschulen, Hauptschulen, kombinierten Haupt- und Realschulen, Realschulen und allen Formen der integrierten Gesamtschulen, die in jedem Land einen eigenen Namen tragen: In SH „Gemeinschaftsschulen“ in HH „Stadtteilschulen“, in Bremen „Oberschulen“.

Eine Linie ist immer oben: Angesichts der Vielzahl der unterschiedlichen Schulformen hat das Gymnasium immer die meisten Schüler, denn diese Schulform gibt es in jedem Bundesland. Strittig ist eigentlich immer nur Platz 2. Den hatte seit Jahren die Hauptschule fest abonniert. Aber das ist jetzt auf einmal anders. Platz zwei geht seit 2015 an die integrierte Gesamtschule, die in fast allen Ländern mit großer Dynamik auf dem Vormarsch ist. Und sich immer weiter nach oben arbeitet.

Auch das zeigt: Die Idee des gemeinsamen Lernens von 1919 entfaltet Kraft. Langsam zwar – so ist das im bundesdeutschen Schulsystem, und wir sollten

nicht wieder auf einen neuen großen Krieg hoffen, um die Sache zu beschleunigen – aber trotz dieser Langsamkeit doch beharrlich. Sie alle, die sie hier sind, sind es, die täglich zeigen, welche Kraft in dieser Idee steckt. Das sollte uns weiter Mut machen.

Diesen Mut brauchen wir. Denn die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler stellt die heutige Pädagogik vor neue Aufgaben. Was tun, wenn Charlotte in der ersten Klasse schon alle Kinderbücher von unserer neuen Ehrenbürgerin Kirsten Boie über das Meerschweinchen King Kong und seinen stolzen Besitzer Jan-Arne gelesen hat, während Vladimir überhaupt erst sprechen lernen muss.

Das Schlagwort des binnendifferenzierten Unterrichts ist schnell ausgesprochen und wird gern als Allheilmittel in jeder bildungspolitischen Rede angeführt. Aber so einfach ist die Sache nicht. Denn so richtig binnendifferenzierter Unterricht im Prinzip ist, so bleibt er dennoch nicht einfach und birgt eine Reihe von Schwierigkeiten.

Da ist zunächst einmal das einfach erklärte Problem, Lehrkräfte zu überfordern. Wo früher ein einziges, fertiges Schulbuch genügte, werden heute zahlreiche binnendifferenzierte Arbeitsblätter in mühevoller Bastelarbeit zu Hause erstellt. Das mögen hartgesottene Bildungspolitiker selbstverständlich finden, ich selbst entwickle bei meinen Schulbesuchen immer wieder ehrfürchtigen Respekt vor dieser Mammutleistung vieler Kolleginnen und Kollegen.

Da ist aber auch das Risiko, Kinder zu überfordern. Denn nicht alle Kinder sind in der Lage, den eigenen Lernprozess mit diversen Arbeitsblättern und selbständigen Lerntagebüchern zu bewältigen. Im Gegenteil: Gerade diejenigen, für die wir uns solche Mühe geben, bringen nur selten die Kompetenzen mit, die das selbstorganisierte Lernen fordert.

Und es bleibt auch das Risiko, Kinder falsch einzuschätzen. Sind Vladimirs Leistungen wirklich so begrenzt, dass er immer die leichteren Arbeitsblätter

bekommen muss? Oder verstärken wir damit nicht sogar seine Benachteiligung, weil das notwendige Fördern und Fordern unterbleibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Beispiel zeigen: Wir sind auf dem Weg des gemeinsamen Lernens weit gekommen. Aber gute Pädagogik ist niemals fertig, sondern muss sich weiter entwickeln, so wie sich auch Gesellschaft weiterentwickelt.

Aber es gibt noch einen weiteren Geburtstag aus dem Jahr 1919 zu feiern. Wir feiern die Geburt einer eigenständigen Grundschulpädagogik. Denn 1919 war erstmals von der vierjährigen Grundschulzeit als einer besonderen Zeit die Rede. Eine besondere Zeit, aber keine eigenständige Grundschule. Die neue Grundschulzeit blieb Teil der achtjährigen Volksschule. Eher ein Anhängsel.

Aber diese besondere Zeit wurde erstmals wahrgenommen. Denn irgendwie dämmerte Bildungspolitikern der damaligen Zeit, dass die Bildung und Erziehung der Jüngsten eine ziemlich anspruchsvolle und besondere Aufgabe ist, die durch eine besondere Bildungszeit von vier Jahren von der weiteren Schullaufbahn zu unterscheiden ist. Wobei man sich schon damals über die Frage zerstritten hat, wie lange denn nun eigentlich diese Grundschulzeit dauern sollte.

Die Vorstellung setzte sich durch, dass Kinder verschiedene Lebens- und Entwicklungsphasen durchleben und deshalb eine besondere pädagogische Profession nötig ist, damit sie gut und altersgemäß lernen und sich entwickeln.

Was wir heute für selbstverständlich halten, wurde lange nicht erkannt. Viele Pädagogen der Aufklärung waren beispielsweise der Überzeugung, Kinder seien kleine Erwachsene und müssten wie Erwachsene behandelt werden. Die Entdeckung des „Kindseins“ begann erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Und führte dazu, dass 1919 erstmals ein eigener Begriff festgelegt wurde: die Grundschulzeit.

Heute sind wir viel weiter: Aus dem Anhängsel der damaligen Volksschule wurden Ende der 50er und in den 60er Jahren erstmals reine Grundschulen. Immerhin, diese Ehre und Anerkennung gibt es heute.

Trotzdem bekam die Grundschulzeit bis in die 2000er Jahre nicht die nötige Aufmerksamkeit: Das Studium für die Lehrkräfte an Grundschulen durfte gern etwas kürzer ausfallen. Und allzu wissenschaftlich sollte es auch nicht sein.

Diese - bildungspolitisch betrachtet - geringere Aufmerksamkeit für den Wert und die Bedeutung der Grundschulpädagogik setzte sich bei den Lehrämtern fort. Eine eigenständige Grundschulprofession blieb umstritten, in den meisten Bundesländern blieb die Grundschulpädagogik ein Unterbereich des Grund-Haupt- und Realschulunterrichts.

Entsprechendes galt für die Besoldung. Grundschullehrkräfte und Grundschulleitungen rangierten mindestens eine Besoldungsstufe tiefer als Lehrkräfte der weiterführenden Schulen.

Heute wissen wir: Das war falsch. Der Bildungserfolg von Kindern wird in der ersten Lebensphase viel wirkungsvoller geprägt als in den älteren Jahren. Nicht die Oberstufe der Gymnasien entscheidet über die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, sondern die Grundschule.

Die Erkenntnis über die große Bedeutung der Grundschule ist jetzt da, aber die daraus erwachsenen Konsequenzen fordern viele weitere „Geburtstage“ und entsprechende „Geburtswehen“. So folgte erst in den 2000er Jahren die politische Entdeckung und langsame Entwicklung einer speziellen Grundschulpädagogik, die besser auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern zugeschnitten ist. Bei uns in Hamburg erst 2015. Aber immerhin.

Deshalb hat Hamburg vor zwei Jahren beschlossen, die Lehrerbildung an der Universität zu reformieren und ein eigenständiges Grundschullehramt auszubilden und einzuführen. Eine große Aufgabe, deren Umsetzung mit entsprechenden Veränderungen des gesamten Studiums uns sicherlich noch Jahre beschäftigen wird.

Und natürlich geht es nicht nur um Pädagogik und Wertschätzung für die Bedeutung dieser besonderen Aufgaben. Es geht auch um eine Wertschätzung für die Lehrkräfte und Schulleitungen an den Grundschulen. Denn die seit 100 Jahren andauernde Schlechterstellung von Grundschullehrkräften ist nicht gerechtfertigt: Weder fachlich, noch pädagogisch, noch im Hinblick auf die Bedeutung für die Gesellschaft.

Auch hier wollen wir in Hamburg vorankommen. Als vermutlich einziges Bundesland wollen wir alle derzeit mit A12 besoldeten Lehrkräfte auf A13 plus kleine Zulage anheben. Damit wären sie gleichgestellt mit allen anderen A13-Lehrkräften in Hamburg, die ebenfalls immer die kleine Zulage bekommen.

Die Erhöhung wird in drei Stufen organisiert. Erstmals werden die Gehälter zum 01.08.2021 zusätzlich zu den üblichen Tariferhöhungen um 150 Euro angehoben. Ein Jahr später werden noch einmal 150 Euro dazu gelegt. Und wiederum ein Jahr später, am 01.08.2023 werden alle früher mit A12 bezahlten Lehrkräfte auf das volle Gehalt A13 mit kleiner Zulage angehoben.

Angehoben werden auch die Gehälter für die Funktions- und Beförderungsstellen. Am 01.08.2022 werden die Besoldungen aller Hamburger Grundschulleitungen um eine halbe Besoldungsstufe auf das Mindestgehalt von A14Z angehoben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass Abteilungsleitungen an weiterführenden Schulen mit A15 noch immer minimal besser besoldet sind. Und ich gebe Ihnen zu, dass dieser Unterschied nicht gerechtfertigt ist. Denn die gesamte Schulbehörde und ich wissen sehr wohl, was sie alle an Ihren Schulen täglich leisten. Und wir wissen auch, welche große Bedeutung ihr Engagement für ihre Schule und das Glück sowie die Zukunftschancen ihrer Kinder hat.

Aber Geld ist endlich. Und die Besoldungserhöhung ist ein gigantischer Kraftakt, bei dem nicht sofort alle Wünsche in Erfüllung gehen können - und

der in seiner finanziellen Dimension gleichzieht mit der Einführung der Ganztagschule oder der Inklusion.

Und wie immer ist die Entwicklung von zwei Seiten zu betrachten. Zu Beginn meiner Amtszeit war die Besoldungsuntergrenze der Hamburger Grundschulleitungen A13Z. Vor drei Jahren habe ich diese Untergrenze auf A14 angehoben. Jetzt erfolgt eine abermalige Erhöhung auf A14 Z. Das ist unterm Strich eine volle Besoldungsstufe mehr - in acht Jahren. Wenn das so weitergeht, sollten Sie sich mit mir auf die nächsten acht Jahre freuen. Der Fortschritt ist eine Schnecke, aber auch die kommt voran.

Und vergessen wir nicht: Da Hamburgs Grundschulen aufgrund der Schülerzahlentwicklung wachsen werden, werden ab 2025 voraussichtlich mehr als die Hälfte aller Grundschulleitungen die Besoldungsstufe A15 bekommen. Damit - und mit A14 Z als Untergrenze - liegen wir schon jetzt in der Spitzengruppe aller Bundesländer, kein anderes Bundesland bezahlt seine Grundschulleitungen besser.

Ich glaube, dass sich dieser zweite Geburtstag von 1919 - nämlich die Entdeckung der Grundschulzeit als eine besondere pädagogische Aufgabe – seitdem sich fortsetzt mit vielen weiteren Geburtstagen und vielen damit zusammenhängenden großen und kleinen Geburtstagsfreuden. Diese Entwicklung läuft darauf hinaus, dass Grundschulen in ihrer Bedeutung und Ausstattung auf Augenhöhe mit den weiterführenden Schulen stehen werden und schon lange kein Anhängsel einer früheren Volksschule mehr sind.

Was fehlt? 1919 wurde eine Geburt vergessen. Jedenfalls in der Weimarer Reichsverfassung und dem Hamburger Schulgesetz. Damals nämlich war die Schule – auch in der neuen Grundschulzeit – eine reine Unterrichtsanstalt. Große Klassen, lernen und üben, und danach ging es ab nach Hause.

Es blieb sehr wenigen Reformschulen vorbehalten, jenseits des neuen Schulgesetzes das Angebot über den reinen Unterricht auszuweiten.

Ausflüge, Musik, Sport und – in Ansätzen – Spielangebote, manchmal sogar am Nachmittag: Das alles war etwas für ambitionierte Sonderlinge und experimentierfreudige Eltern und Lehrkräfte.

Von einer echten Geburt der Ganztagschule konnte man selbst 30 Jahre später nicht sprechen. Damals – nach dem Zweiten Weltkrieg – erweiterten einzelne Schulen ihr Schulangebot auf den Nachmittag, um das furchtbare Elend der Kinder in einem völlig zerstörten Deutschland zu lindern. Mit dem Wirtschaftswunder verkümmerte dieses zarte Pflänzchen wieder zur Halbtagschule.

Erst in den 1960er Jahren – kaum zu glauben – formulierten erste Bildungswissenschaftler kühne Ideen: So entwarf z. B. im Jahr 1963 der Erziehungswissenschaftler Carl Ludwig Furck einen Schulplan für das Jahr 2000. Darin lesen wir u. a.:

„Die Schule im Jahr 2000 wird eine ‚Tagesheimschule‘ von 8.00 bis 16.30 Uhr sein. Das bedeutet keineswegs, dass die Zahl der Unterrichtsstunden einfach vermehrt wird, sondern man wird Erfahrungen der Jugendpflege und der Gruppenpädagogik weitgehend berücksichtigen. Dazu gehört auch all das, was in der schwedischen und zum Teil auch der angelsächsischen Schule selbstverständlich ist: das gemeinsame Mittagessen, die Mittagsruhe, Sport und Spiel. Die neue Schule bietet individuelle Studienmöglichkeiten in Werkstatt, Labor oder Bibliothek. Sie ist offen für die Initiative der Schüler und ein Ort jugendgemäßen Lebens und Arbeitens.“

Man beachte: Selbst kühne Pädagogen hielten 1963 die Einführung einer solchen Idee wie der Ganztagschule in ihrer Zeit für so unmöglich, dass sie sich eine solche Veränderung frühestens im Jahr 2000 vorstellen konnten – ein Jahr, das in der Perspektive der 1960er Jahre unendlich weit weg war.

Ganz so lange hat es dann doch nicht gedauert, bis die ersten Ganztagschulen gegründet wurden. Doch den ersten Gründungen Ende der 1980er Jahre in Hamburg folgte lange – gar nichts.

Eigentlich seltsam: Bis heute ist die Ganztagschule eine der wenigen Schulreformen, die wirklich alle gut finden:

- Experten aus Wirtschaft und Gewerkschaft betonen ihre Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Wohlstand und Wirtschaftskraft
- Armutsforscher weisen nach, dass die Ganztagschule gerade Alleinerziehende vor dem Armutsrisiko bewahrt, weil sie die Möglichkeit zur Berufstätigkeit eröffnet
- Gleichstellungspolitikern und Frauenrechtler betonen, dass gerade Frauen von den zusätzlichen Betreuungsangeboten profitieren, ihre Berufstätigkeit nicht mehr unterbrechen müssen und die Ganztagschule damit sowohl den ungerechten Lohnabstand zwischen Männern und Frauen verringert als auch der Altersarmut durch unterbrochene Rentenzeiten vorbeugt
- Bildungsforscher preisen die lernstimulierende Wirkung der Ganztagschule, ganz zu schweigen von ihrer Kraft, Deutsch als gemeinsame Sprache besser zu lernen
- Gesellschaftswissenschaftler betonen, dass die Ganztagschule eine große sozial-integrative Kraft hat und die Fliehkräfte der verschiedenen Kulturen und Milieus, aus denen unsere Kinder kommen, am besten überwinden hilft.
- Und die Kinder? Die bleiben gern am Nachmittag in der Schule, weil sie dort ihre Freunde haben, und weil sie sich gut aufgehoben und geborgen fühlen.

Ja wenn das alles so ist, warum verflücht noch einmal bieten Deutschlands Grundschulen nicht einmal 30 Prozent aller Grundschulkindern eine gute Betreuung und Bildung am Nachmittag an?

Alle reden drüber, keiner macht etwas. Das war in Hamburg kaum besser: Selbst zu Beginn meiner Amtszeit im Jahr 2011 hatten gerade 50 der 200 staatlichen Hamburger Grundschulen in Ganztagsangebot. 25 Prozent. Jedes Jahr wurden – statistisch betrachtet – zwei Ganztagschulen eröffnet. Nach dieser Methode hätte es 75 Jahre gedauert – bis zum Jahr 2086 – bis alle Grundschulen Ganztagschulen geworden wären.

Ich wollte mich damit nicht abfinden. Und ich hatte Glück. Denn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollten sich damit ebenfalls nicht abfinden.

In nur drei Jahren haben wir gemeinsam wirklich alle Hamburger Grundschulen zu Ganztagschulen entwickelt. Innerhalb dieser wenigen Jahre katapultierte sich Hamburg beim Vergleich der Ganztagsangebote der Bertelsmann-Stiftung von einem mickrigen Platz 9 der 16 Bundesländer auf Platz 1 – wo wir seitdem unangefochten stehen. Ein beispielloser Kraftakt, auf den ich heute mit Stolz und Ehrfurcht zurückblicke. Warum?

Weil jetzt gerade die Bundesregierung mit den Bundesländern darum ringt, schrittweise vom Jahr 2025 bis zum Jahr 2028 – ja sie haben richtig gehört – 2025 bis 2028, 13 Jahre später als Hamburg! - für alle vier Grundschulklassen die Ganztagschule einzuführen.

Viel zu viele Bundesländer halten das für eine vollkommen absurde, viel zu teure und organisatorisch nicht zu bewältigende Idee. Sie lamentieren, verzögern, boykottieren und entwerfen gruselige Weltuntergangsszenarien: Vom Ende der Familie, von der Verwahrlosung heimatloser Kinder bis hin zu Massenstreiks überforderter Lehrkräfte und Eltern.

Wenn ich das höre, wundere ich mich schon darüber, wie gut wir gemeinsam etwas wirklich Einzigartiges und Großartiges in Hamburg geschafft haben. 85 Prozent aller Kinder bleiben auch nachmittags gern in unseren Schulen. Und zwar nicht aus Not, sondern weil sie sich an ihrer Schule wohl fühlen.

Ich weiß, dass wir immer noch besser werden können. Und dass wir uns nicht ausruhen dürfen, denn die Gesellschaft ändert sich und mit ihr die Aufgaben der Schule. Aber ab und zu – zum Beispiel heute – dürfen wir auch einmal ein bisschen stolz zurückblicken auf das gemeinsam Erreichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Viele Aufgaben liegen noch vor uns: Der geringe Bildungserfolg von Kindern aus bildungsfernen Familien ist eine solche Aufgabe und eine schlimme Wunde im bundesdeutschen Schulsystem. Auch in Hamburg.

Wollen wir diese Ungerechtigkeit überwinden, müssen wir weiterhin energisch daran arbeiten, dass alle Kinder gut lesen, schreiben und rechnen können. Diese Schlüsselqualifikationen entscheiden mehr als alle anderen Fächer und Kompetenzen über den Bildungserfolg von Kindern aus sozial benachteiligten Stadtteilen.

Ich bin froh und glücklich darüber, mit welcher Kraft und Neugier sich die Hamburger Grundschulen dieser Aufgabe annehmen. Zuletzt begegnete mir dazu ein begeisterter Professor Becker-Mrotzeck, der im Rahmen des Projektes BISS – Bildung in Sprache und Schrift – voll des Lobes war über das Engagement der Hamburger Grundschulen. Und der Mann muss es wissen: Koordiniert er doch das entsprechende Bundesprogramm in allen Bundesländern.

Um Kindern bessere Chancen zu eröffnen, sollten wir all unsere Möglichkeiten nutzen. Wir haben in Hamburg viele Schätze, die wir heben können. Beispielsweise auch die Vorschulzeit. Kein anderes Bundesland bietet eine Vorschule. Ihre Einführung vor genau 50 Jahren – auch ein Geburtstag in diesem Jahr – war damals ein großes Experiment.

Heute wissen wir: Die Vorschule wirkt. Aber viele andere europäische Länder zeigen uns, dass Deutschland in der frühkindlichen Bildung noch zu viele Chancen verstreichen lässt. Ein besserer und klarerer Bildungsplan für die Vorschule, gereifte Unterrichtsmaterialien und eine bessere Verzahnung zur ersten Klasse sind nur einige Ideen, wie wir die großen Möglichkeiten der Vorschule noch weiter entfalten können.

Wir wollen aber auch die vielen neuen Aufgaben der Schulen in den Blick nehmen, die weit über den Unterricht hinausgehen.

- Für eine bessere Gesundheitsförderung der Kinder und für bessere Beratungen ihrer Eltern wollen wir zusammen mit den Ersatzkassen und der Gesundheitsbehörde an 29 KESS-1-Grundschulen erstmals eine halbe Stelle für eine Gesundheitsfachkraft bereitstellen. Im dreieinhalb Mal so großen Bundesland Hessen bekommen nur 8 Schulen eine solche Unterstützung.
- Wir wollen zusammen mit der Stiftung „Brotzeit“ die kostenlosen Frühstücksangebote weiter ausbauen und vereinbaren zurzeit mit der Stiftung den weiteren Ausbau.
- Wir arbeiten mit großer Kraft an einem Konzept zur besseren psychotherapeutischen Versorgung von Kindern mit besonders herausforderndem Verhalten und können wohl in Kürze Ihnen erste Ergebnisse vorstellen.
- Wir wollen und werden die Situation rund um das Thema Schulbegleitung verbessern. Ein bisschen Geduld noch, da kommt noch etwas.

Das alles sind Beispiele dafür, dass es noch viele Geburtstage und noch viele kleinere und größere Geburtstagsfreuden für Hamburgs Grundschulen geben wird. Wie weit wir gekommen sind, das merken wir immer dann, wenn wir uns an frühere Geburtstage erinnern. Zum Beispiel an den Geburtstag der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland 1948.

Damals, so lesen wir in den ersten Protokollen, diskutierte man über einheitliche Klassengrößen in den Bundesländern. Ziel war eine Obergrenze von 40 Schülern pro Volksschulklasse. Ein Beschluss dazu kam nicht zustande. Mehrere Länder hatten ihr Veto eingelegt, weil sie eine so geringe Schülerzahl für utopisch hielten. Das Bundesland Württemberg-Hohenzollern beharrte auf

einem Durchschnitt von 60 Schülern pro Klasse. Das Resultat: Württemberg-Hohenzollern gibt es heute nicht mehr.

Meine Damen und Herren, das zeigt: Wir kommen voran. Das sollten wir jetzt feiern.

(Es gilt das gesprochene Wort)